

JÖRG STADELBAUER

Die Sowjetunion am Ende der 80er Jahre

Chancen und Probleme

Jörg Stadelbauer

Die Sowjetunion am Ende der 80er Jahre

Chancen und Probleme

„Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“, lautete der Titel eines Essays, den der sowjetische Historiker *Andrej Amalrik* (1970) in Verbitterung über sein wissenschaftliches und persönliches Schicksal vor zwanzig Jahren veröffentlichte. Die Sowjetunion hat das Jahr 1984 selbstverständlich erlebt, während *Amalrik*, nach sibirischer Verbannung („Unfreiwillige Reise nach Sibirien“, 1971), erneuter Verhaftung und Ausbürgerung auf tragische Weise bei einem Verkehrsunfall in Spanien ums Leben kam. Mit der Meßplatte des Historikers hatte er die Gesellschaftsstrukturen Ende der 60er Jahre, d. h. nach dem letztlich vergeblichen Reformversuch von Kossygin, analysiert und war zu einem deprimierenden Bild von Verfall und Stagnation, von Lethargie und Immobilität gelangt. Die beiden zurückliegenden Jahrzehnte haben dem Historiker nicht in der provozierenden Frage, wohl aber in der Analyse Recht gegeben – der Text ist auch heute noch aktuell, wenn man die ererbten Probleme des Sowjetstaates erfassen will.

Derzeit wird in der Sowjetunion nicht nur viel offener über die historiographischen Fragen gesprochen, an deren unvoreingenommener Bearbeitung die Karriere von *Amalrik* gescheitert war, es wird auch das Entwicklungsdefizit gesehen, das zu den sozioökonomischen Problemen der Gegenwart geführt hat. Die Schlagworte der Politik unter Michail Gorbatschow – *glasnost*, *perestrojka*, *demokratisazija*, *uskorenije* – sind bereits zu formelartig gebrauchten Fremdwörtern der westlichen Sprachen geworden, um die seit 1985 von der Parteispitze aus eingeleiteten Veränderungen zu charakterisieren. Sie waren damals nicht neu, sondern schon lange gefordert: Der Wunschkatalog der Wirtschaftsreformer zu Beginn der 60er Jahre enthielt bereits wesentliche Teile davon. Die Soziologin *Tatjana Saslawskaja* veröffentlichte Anfang der 80er Jahre – zunächst anonym – eine heftige Kritik an

der Reformunfähigkeit des Wirtschaftssystems und bereitete damit den Wandel aus sozialwissenschaftlicher Sicht vor.

Daraus ist mittlerweile eine umfassende soziologische Bestandsaufnahme geworden, die nicht nur ein von den statistischen Daten deutlich abweichendes, sondern auch in der Vielfalt sozialer Aggregate erstaunliches Bild vom augenblicklichen Zustand der sowjetischen Gesellschaft zeichnet (*T. Saslawskaja* 1989).

Perspektiven des Wirtschaftswachstums

Die ökonomischen Analysen gehen wesentlich auf *Abel Aganbegjan* zurück, der lange Jahre Direktor des gleichen Akademieinstituts „für Ökonomie und für die Organisation der Industrieproduktion“ in Nowosibirsk-Akademgorodok war, in dem *Frau Saslawskaja* arbeitete, bis sie – im Rahmen der neuen Politik – neue angewandt-wissenschaftliche Aufgaben als Direktorin des neugeschaffenen Instituts für Meinungsforschung in der Herrschaftszentrale Moskau übernahm. *Aganbegjan* hat vor allem den im Westen weniger bekannten Begriff *uskorenije* eingehend erläutert, die Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung, die zum Motor der inneren Entwicklung der Sowjetunion werden muß (vgl. *A. Aganbegjan* 1987):

- Das Wirtschaftswachstum muß nach der Stagnation der ausgehenden 70er und beginnenden 80er Jahre wieder gesteigert werden; Ziele: 1981 bis 1985: 3 %, bis 1990: 4 %, danach 5 % oder mehr.
- Nicht nur quantitatives, sondern auch qualitatives Wachstum ist wichtig: Darauf zielt die Beschleunigung (*uskorenije*) ab. Wichtig ist die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, daraus soll sich wirtschaftliche Beschleunigung ergeben, aber auch eine Beschleuni-

gung der Veränderungsvorgänge im sozialen Bereich.

- Die gesellschaftliche Veränderung wird als *perestrojka* umschrieben – als eine Umgestaltung, welche die Wirtschaft intensiviert, welche die sozialen Aspekte des Wachstums betont, welche die Reformen in der Wirtschaftslenkung vorantreibt und welche zu mehr Demokratie (*glasnost* = Öffentlichkeit) führt.
- Als wirtschaftliche Hauptaufgabe wird die Förderung des zivilen Maschinenbaus gesehen – notfalls auf Kosten der bislang übermäßig betonten Landwirtschaft. Bis 1990 soll der Anteil von Maschinen, die internationalem Standard entsprechen, auf mindestens 80 % erhöht werden.
- Die soziale Basis für die wirtschaftliche Beschleunigung und für den sozioökonomischen Umbau soll durch Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung geschaffen werden. Dazu gehören der Wohnungsbau, eine quantitativ und qualitativ gesicherte Lebensmittelversorgung (insbesondere mit Fleisch- und Milchprodukten), die Verstärkung des Dienstleistungsangebots, eine Verbesserung des Gesundheitswesens und die Kontrolle der sozialen Gerechtigkeit.
- Wichtigstes Instrument ist der Wandel im Lenkungsmechanismus, d. h. eine Wirtschaftsreform, die zu mehr Selbständigkeit der Betriebe führt; dazu gehört auch die Ablösung der zentralen Zuteilungsmechanismen bei der Belieferung von Unternehmen mit Rohstoffen und Geräten durch den (natürlich staatlich überwachten) Handel mit Produktionsmitteln; dies wiederum soll den Großhandel beleben.
- Territoriale Organe sollen größere Möglichkeiten als bisher haben; die Ressourcenverteilung wird bis herab auf die kommunale Ebene delegiert. Natur- und Arbeitskräftressourcen werden bewertet, und die territorialen Raumeinheiten werden am Ertrag dieser Bewertung beteiligt, um komplexe soziale und wirtschaftliche

Entwicklungen vorantreiben zu können. Damit wird das gebietswirtschaftliche Prinzip gestärkt. Hierzu muß die Trägheit zahlreicher regionaler und kommunaler Behörden überwunden werden. Die Demokratisierung der Gesellschaft ist somit auch Teilaspekt der regionalen Aufgabenzuweisung.

- Die Schwierigkeiten, die bei dem Umgestaltungsprozeß auftreten, werden nicht verkannt.

Zentrum und Peripherien

Während ein Hinweis auf Großprojekte der Raumerschließung fehlt, wird die regionale Verantwortlichkeit auf allen räumlichen Ebenen hervorgehoben. Die geographische Kernaussage des Programms steckt damit in der Abkehr von einem strikten Zentralismus, von einer Befehlswirtschaft. Man erinnert sich, daß der erste Versuch, eine solche Dezentralisierung auf dem Verwaltungsweg durchzuführen, in den frühen 60er Jahren noch unter Chruschtschow scheiterte; die 1957 ins Leben gerufenen *sownarchozy* – rd. 105 regionale Wirtschaftsverbände – wurden 1963 wieder aufgelöst, und es erfolgte ein erneuter Umschlag zugunsten des Zentralismus. Man weiß auch aus dem Vergleich mit dem französischen Beispiel, wie schwierig es ist, altererbte Zentralismen zu überwinden. Dabei gehört das Zentrum-Peripherie-Problem sicher zu den wichtigsten raumstrukturellen Fragen, die die Sowjetunion auch in Zukunft beschäftigen werden. Französische Geographen haben dieses Spannungsfeld zwischen Zentralismus und Regionalismus in der Sowjetunion erst jüngst herausgearbeitet (vgl. *J. Radvanyi* 1985, *M.-C. Maurel* 1987, *P. Thorez* 1989). Die *Abb. 1* kann diese Disparitäten nur andeutungsweise für Siedlungs- und Durchdringungsräume, für großstädtische Zentren und Industriegebiete, für Fernverkehrslinien und Entwicklungsachsen wiedergeben. Kleinräumige Diskrepanzen sind in diesem Maßstab nicht zu erfassen.

Manche Wünsche und Forderungen, die in der Gegenwart laut werden, sind nichts anderes als eine gewaltige Herausforderung von verschiedenen „Peripherien“ an die eine „Zentrale“, die sich sieben Jahrzehnte als dominant wähnte: ethnisch-nationale Forderungen von nichtslawischen Völkern, Wohlstandsforderungen der breiten Masse gegenüber den Privilegien der Nomenklatura (der durch Positionen abgesicherten Führungsschicht), Forderungen nach Entscheidungsgewalt bei den Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsbetrieben, die sich bislang einem übermächtigen Planungsapparat unterzuordnen hatten, Forderungen nach Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung bei der Bevölkerung und den Verwaltungen der Randregionen.

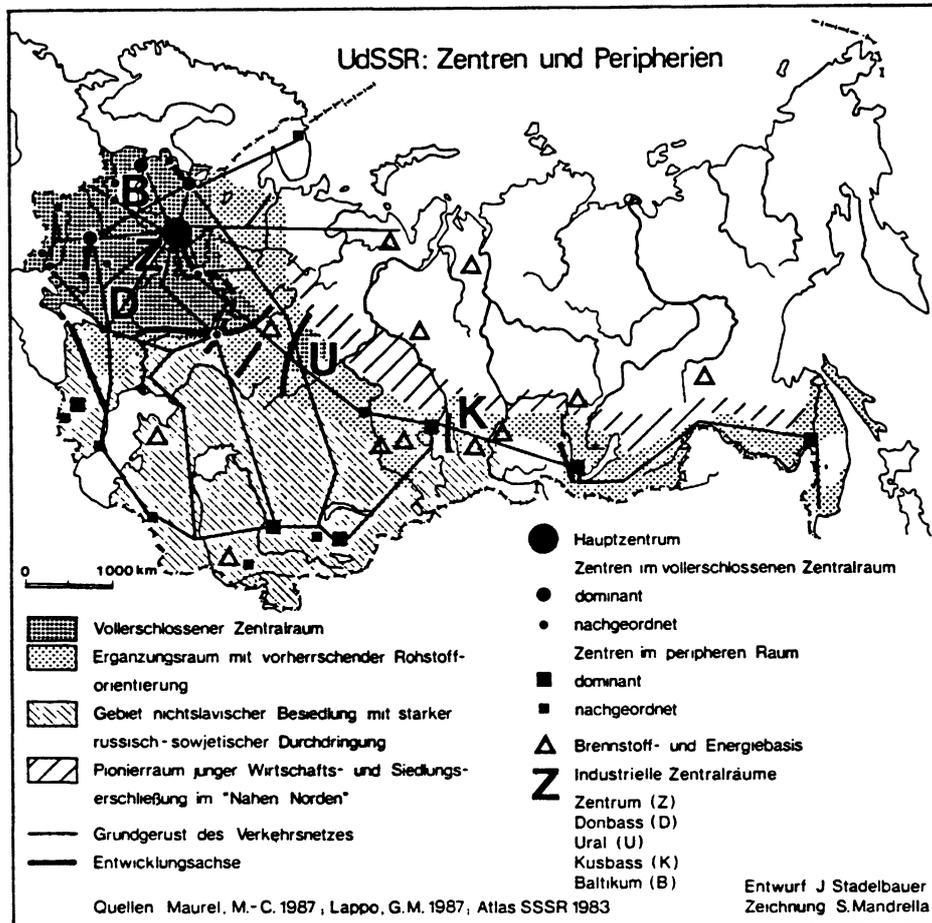


Abb. 1: UdSSR – Zentren und Peripherien

An anderer Stelle sind einige Aspekte räumlicher Veränderungen aufgezeigt worden, die sich aus den politischen Wandlungen in der Sowjetunion ergeben können (*J. Stadelbauer* 1988). Einige haben inzwischen eine solche Brisanz erlangt, daß auf sie etwas näher eingegangen werden soll.

Probleme des Vielvölkerstaates

Die Nationalitätenfrage, die eng mit der demographischen Entwicklung zusammenhängt (vgl. den Beitrag von *J. Barth* in diesem Heft), ist zu einem Existenzproblem der Union geworden. Territorial etablierte Nationalitäten in den Randregionen der UdSSR melden sich im Baltikum, in Kaukasien, in Moldawien und auch in Mittelasien mit Autonomieforderungen, territorialen Ansprüchen und Konkurrenzdenken; im Zweiten Weltkrieg mit dem Bannstrahl der Diaspora belegte Volksgruppen – wie die Deutschen, die Mes'cheten und die Krimtataren – verlangen jetzt nach eigener Territorialität. Das Experiment „Sowjetmensch“ erscheint fragwürdig, wenn in der westkazachischen Industriestadt Nowy Usen regelrechter Ausländerhaß gegen Minderheiten ausbricht, die vom überkommenen System zu profitieren verstehen. Die Buntheit einer Völkerkarte der UdSSR hat damit

die Qualität einer Karte latenter Konflikte erhalten, die auch durch eine scheinbar sehr differenziert auf die Unterschiede eingehenden Verwaltungsgliederung nicht beseitigt werden (vgl. *Atlasbeihemer*, S. 1 und 7).

Das Baltikum konnte Ende Juli 1989 erleben, daß die einseitig beschlossene relative Wirtschaftsautonomie der drei Republiken vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigt wurde. Ab dem 1. 1. 1990 ist das Baltikum wieder einmal das Gebiet von ökonomischen Experimenten, die auch in anderen Gebieten an der Peripherie Schule machen werden. Größere Bedeutung hat aber das etwa gleichzeitig gemachte Eingeständnis aus der Moskauer Führungszentrale, daß zu dem ohnehin umstrittenen Hitler-Stalin-Pakt ein geheimes Zusatzprotokoll existiert, auf dessen (völkerrechtlich kaum gültiger) Grundlage die drei baltischen Republiken der UdSSR eingegliedert wurden – De facto handelt es sich bereits um die Anerkennung einer Annexion, ein Zugeständnis, dessen politische Konsequenzen für das Selbstbewußtsein der Randregionen noch kaum abzusehen ist.

Die Moldau-Republik besinnt sich auf die sprachlich-ethnische Gemeinschaft mit Rumänien und fordert eine Schriftreform als äußeres Zeichen der kulturellen Autonomie. Zusätzlich zu einer hinter der agrarischen Prägung zurückbleibenden

Wirtschaftsmodernisierung hat das Land mit sozialen Problemen zu kämpfen. Mitte 1989 war von 150 000 Arbeitslosen bei einer Gesamtbevölkerung von 4,3 Mill. die Rede (*Moscow News* 3.9.1989, S. 8); sie sind ein Alarmsignal für einen Staat, der bisher Arbeitslosigkeit als Folge kapitalistischer Entwicklungen abzutun bemüht war. Auf der regionalen Ebene werden in der Moldau-Republik vor allem Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum notwendig.

Kaukasien wird seit 1988 von den stärksten nationalen Unruhen in der UdSSR geschüttelt: Nach progromartigen Ausschreitungen gegen Armenier in Baku und der Industriestadt Sumgait und der nach wie vor ungeklärten Lage in Nagorno-Karabach war es Georgien, wo mit dem historischen Gegensatz zwischen christlichen Georgiern (insbesondere Kartveiern) und muslimischen Abchasen eine weitere ethnisch- und religiös-nationale Front aufbrach. Konflikte zwischen Georgiern und Osseten, zwischen Aserbajdschanern und Georgiern schwelen unter der Oberfläche. Die Umsiedlung von georgischen Swanen, die 1987 von heftigen Schneefällen und Lawinenabgängen im oberen Ingurital heimgesucht worden waren, hat im weiteren südlichen Umland von Tbilisi sogar innerhalb der Georgier zu Differenzen geführt. Daß Kaukasien ein überreiches ethnisches und religiöses Konfliktpotential in sich birgt, zeigen die bürgerkriegsartigen Unruhen Anfang 1990.

In Mittelasien brachen Auseinandersetzungen sogar innerhalb der muslimischen Völkergemeinschaft aus, zwischen den im Zweiten Weltkrieg deportierten Mes'cheten und den Usbeken und Tadschiken. Auch hier handelt es sich nur um eine Konfliktlinie unter vielen potentiellen – vom generellen demographischen Problem des übergroßen Bevölkerungsdrukkes zu schweigen. In Usbekistan (19,9 Mill. Einw.) schätzt man die Zahl der Arbeitslosen auf wenigstens 400 000, davon allein 170 000 im Ferghana-Becken, dem am dichtesten besiedelten ländlichen Raum in der Sowjetunion (*Moscow News* 3.9.1989, S. 8 f.).

Die Sowjetunion hat mit Sibirien und dem mittleren Wolgaraum weitere Gebiete starker ethnischer Mischung, in denen Konflikte vorherzusehen sind. Ethnisches Selbstbewußtsein und Regionalismus bis hin zu ökonomischen Forderungen sind auch dort nicht ausgeschlossen. Die Möglichkeit, daß den Deutschen in der Sowjetunion wieder eine Territorialität eingeräumt wird, nach den im Oktober 1989 vorgelegten und im Dezember 1989 beschlossenen Vorschlägen einer Expertenkommission sogar im Gebiet der ehemaligen ASSR der Wolgadeutschen, hat durchaus einen Sinn in diesem Problemfeld: Wie im Falle der Esten, Letten

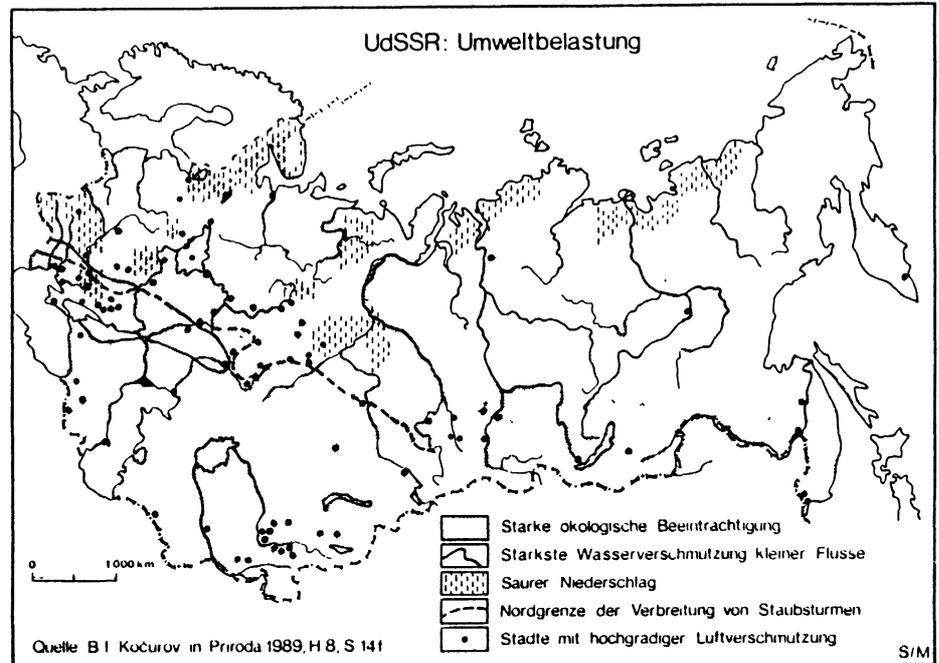


Abb. 2: UdSSR – Umweltbelastung

und Litauer könnte der sowjetischen Führung daran gelegen sein, sich gerade der für ihren produktionsorientierten Wirtschaftsgeist bekannten Völkerschaften durch eine politische Beruhigung zu versichern, weil ihre Wirtschaftsleistungen in der allgemeinen Krisensituation benötigt werden und weil eine regionale Wirtschafts- und Kulturautonomie das kleinere Übel im Vergleich zu Separationstendenzen oder Auswanderungsbestrebungen ist.

Räumliche Ungleichgewichte

Ein Teil der Nationalitätenprobleme geht auf regionale Disparitäten zurück, die das Sowjetsystem nicht hat beseitigen können. Eine jüngst vorgelegte Analyse von ökonomischen Daten (*R. Benini* 1989) macht deutlich, daß die Regionalentwicklung in der UdSSR ungleichgewichtig verlaufen ist und daß die Polarisation zwischen Wirtschaftsregionen und Republiken unterschiedlichen Entwicklungsniveaus sich verstärkt hat. Schon das kleinräumige Wohlstandsgefälle zwischen den baltischen Republiken und den östlichen anschließenden russischen Gebieten führte zu einer ökonomisch motivierten Westwanderung, die die administrativ bedingte Zuwanderung von Führungskräften in Verwaltung, Militärwesen und Wirtschaft noch verstärkte. Daraus ist heute das Problem der demographisch bedeutenden, aber ungenutzten russischen Bevölkerungsminderheiten in Estland, Lettland und Litauen geworden.

Der relative Abstand, der trotz nachholender Entwicklung die islamischen Republiken noch immer von den anderen

Gebieten trennt, verstärkte sich eher, als daß er verringert worden wäre, weil die Zuwachsraten bei sozialen und wirtschaftlichen Leistungen sich auf einen wesentlich größeren Bevölkerungszuwachs verteilen mußten.

Auch ging von den – nach dem Konzept der „räumlichen Arbeitsteilung“ – einseitig geförderten Wirtschaftszweigen Mittelasien, der Erdöl- und Erdgasnutzung und dem Baumwollanbau kein ausreichender Wachstumsimpuls für andere Wirtschaftszweige aus. In den asiatischen Regionen der RSFSR hat die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen bisher einen wesentlich höheren Aufwand erfordert, als sie Regionaleffekte zu leisten in der Lage gewesen wäre. Die Zurückstellung zahlreicher Großprojekte in den letzten Jahren ist eine pragmatische Antwort auf diese Entwicklung.

Eine Überwindung der Disparitäten wird heute in regionaler Wirtschaftsautonomie gesucht. Die peripheren Regionen der Sowjetunion beanspruchen für sich das Recht, in eigener Entscheidungsbeugnis über Betriebe und Allokationen zu bestimmen, nachdem bisher die Zentralgewalt dafür zuständig gewesen war. Allerdings ist eine solche dezentrale Wirtschaftsorganisation nicht unproblematisch, wenn damit zugleich die Forderung der Zentrale verknüpft wird, daß die Regionen weitgehend selbständig für sich zu sorgen haben: Die starke Differenzierung naturgeographischer Faktoren könnte zu unterschiedlichen Leistungen bei der Lebensmittelversorgung führen und damit gerade in einer heiklen Frage, an der sich auch die Anerkennung der neuen Führung entscheidet, die Disparitäten eher verstärken als entschärfen. Wie

problematisch ein Finanzausgleich für benachteiligte Regionen ist, läßt sich leicht ausmalen. Damit wären auch die unverkennbaren Veränderungen beim Lebensstandard der Bevölkerung (vgl. den Beitrag von B. Knabe in diesem Heft) zumindest regional in Frage gestellt.

Umweltprobleme

Offen gesprochen wird heute – im Zeichen von *glasnost* – über schleichende Umweltbelastungen, die großenteils als ererbt gelten und die zu einer latenten Bedrohung geworden sind (vgl. Abb. 2). Die Umweltschutzgesetzgebung der Sowjetunion bleibt nicht hinter dem westlichen Standard zurück, aber wirtschaftspolitische Prioritätensetzung und Impioniergehe regionaler Parteiführer haben diese Gesetze oft genug mißachtet.

Die mit rascher Inwertsetzung verknüpften Gefahren für die Umwelt werden ausgesprochen. Sie sind an anderer Stelle noch deutlicher geworden: In den 70er und beginnenden 80er Jahren gehörte die Nutzung von Braunkohleresourcen im Gebiet von Kansk-Atschinsk zu den besonders geförderten Projekten. Der Aufbau eines „Brennstoff- und Energiekomplexes“ (KATEK) zwischen diesen beiden Zentren westlich und östlich von Krasnojarsk sollte der Verstromung der Kohle dienen. Ein Teil der elektrischen Energie sollte vor Ort in einer noch aufzubauenden Industrie genutzt, der andere über Ultrahochspannungsleitungen in das gesamtsovetische Verbundnetz eingespeist werden. Anfang 1988 wurde in der sowjetischen Presse offen diskutiert, was seit langem bekannt war: Der ursprünglich einmal vorgesehene Ausbau des KATEK würde irreversible Schädigungen für die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung nach sich ziehen. Schon vorher war das Projekt zurückgeschraubt worden: Statt der Mitte der 70er Jahre vorgesehenen 64 000 Megawatt (MW) in zehn Großkraftwerken sollten 1983 in fünf Kraftwerken insgesamt 34 000 MW installiert werden. Mittlerweile ist das Projekt weiter reduziert worden. Die Diskussion ist auch jetzt noch nicht abgeschlossen (vgl. zu den Umweltproblemen den Beitrag von N. Wein in diesem Heft).

Angesichts der Schreckensmeldungen über die Luft- und Wasserverschmutzung – die letztlich nicht überraschen können, denn von Umweltproblemen in der Sowjetunion ist seit dem unter dem Pseudonym Komarow veröffentlichten Bericht (1979) vieles bekannt – verdienen auch die Stimmen aus der Intelligenz Beachtung, die zu größerer Umsicht beim Umgang mit der Umwelt mahnen, ohne generell die Technisierung in Frage zu stellen. Einer der Hauptvertreter ist der in Irkutsk beheimatete Schriftsteller V. Rasputin, der in seinem 1987 in deutscher Sprache er-

schiene Essay „Sibirien ohne Romanik“ ein Umweltpotential dieses Raumes vorstellt, dessen Nutzung größte Zurückhaltung gebietet.

Wasserverschwendung zeigt sich in Mittelasien: Die Ineffizienz der flächenhaften Baumwollbewässerung, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten von einer „usbekischen Lobby“ forciert wurde, ist inzwischen erwiesen (vgl. den Artikel von C. C. Liebmann in diesem Heft). Im Gebiet der Wolga samt Nebenflüssen bestehen große Probleme, den Anrainern das gewünschte Brauch- und Trinkwasser in der erforderlichen Qualität zu liefern.

Die Luftverschmutzung hat in Bergbau- und Schwerindustrieregionen ein gesundheitsschädigendes Ausmaß erreicht (vgl. Beitrag von N. Wein in diesem Heft); regional ist die Sterblichkeit dadurch gestiegen.

Welche Altlasten in den früh erschlossenen Industriegebieten oder in den Großstädten lagern, ist noch nicht abzu- sehen.

Wenn man die augenblicklichen Aktivitäten von offiziellen und informellen

Umweltgruppierungen in der Sowjetunion richtig interpretiert, kommt man zu der Folgerung, daß die „Pufferfähigkeit“, die in der Weite des Raumes, im Reichtum natürlicher Ressourcen, in der gesellschaftlichen Toleranz (oder auch Ignoranz) und in der intellektuellen Opposition begründet ist, erschöpft ist.

Katastrophen und ihr Management

Die Nachlässigkeit bei der Bewältigung ökologischer Aufgaben und die Schlampe bei dem Umgang mit der Technik haben in den Sowjetunion mehrfach zu Katastrophen geführt. Für eine daran anknüpfende „Geographie der Katastrophen“ bietet das Land seit Mitte der 80er Jahre viele Anschauungsbeispiele: Das Reaktorunglück von Tschernobyl war der Anfang einer Serie, die teils spektakuläre Ereignisse (Erdbebenkatastrophe vom 8. 12. 1988 in Armenien, Explosion einer Gasleitung westlich des Ural), teils in der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit eher weniger beachtete, da regional begrenzte Schadensfälle umfaßte. So kam es in Kaukasien

Zur Schreibweise sowjetischer Namen

Da das Russische, die Verkehrssprache in der gesamten Sowjetunion, mit kyrillischen Buchstaben geschrieben wird, müssen alle Namen in Umschrift wiedergegeben werden. Prinzipiell gibt es zwei Wege, kyrillische Buchstaben wiederzugeben, für die keine lateinische Entsprechung existiert: – die *Umschrift*, bei der in weitgehender Annäherung an die Aussprache nur die gängigen lateinischen Buchstaben verwendet werden;

– die *wissenschaftliche Transliteration*, bei der diakritische Zeichen eine eindeutige Zuordnung zwischen kyrillischen und lateinischen Buchstaben erlauben.

In den USA, Großbritannien und Frankreich bestehen zudem jeweils eigenständige

(überwiegend phonetisch orientierte) Umschriftsysteme.

Im vorliegenden Heft wird in den Textbeiträgen die populäre Umschrift gebraucht, in den Karten und Literaturhinweisen dagegen die wissenschaftlichen Transliterationen. Die folgende Tabelle gibt für einige „kritische“ Buchstaben verschiedene Umschriften an (in der Reihenfolge des kyrillischen Alphabets).

Literaturhinweis:

Barth, J.: Vorschläge zur Schreibweise geographischer Namen der Sowjetunion. In: Geographie im Unterricht 6, 1981, H. 3, S. 133–136.

kyrillischer Buchstabe	wissenschaftliche Transliteration	populäre Umschrift	amerikanische Transliteration
в	v	w	v
е	e	(j)e	e
ё	ë	(j)o	e
ж	ž	sch, sh	zh
з	z	s	z
й	j	(–), j	i
с	s	ss	s
х	ch	ch	kh
ц	c	z	ts
ч	č	tsch	ch
ш	š	sch	sh
щ	šč.	schtsch	shch
ъ	”	(–)	”
ь	’	(j)	’
э	ë	e	e

im Winter 1986/1987 zu überreichen Schneefällen, dadurch bedingten Lawinenunglücken am Südfall des Großen Kaukasus und Überschwemmungen im Rioni-Tiefenland. Ferner ereigneten sich Bergstürze in Adzharien (1988) und ein Zugunglück in Ostgeorgien (1987). Wie viele Todesopfer das Erdbeben von Armenien tatsächlich forderte, wird nie genau bekannt werden. Die Analyse der Hintergründe und die Beurteilung der kulturnaturlandschaftlichen Folgen weisen die Katastrophe als eine der schwersten überhaupt aus. Havarien von Schiffen und Eisenbahnzügen, Flugzeugabstürze, durch Erdbeben in Mittelasien ausgelöste Erdrutsche, Explosionen an undichten Pipelines ... – die Auflistung ließe sich lange fortführen.

Solche Katastrophen sind nichts Neues – weder für die Sowjetunion noch für andere Gebiete der Erde. Daß sie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der UdSSR so deutlich hervortreten, hat verschiedene Gründe:

- Zunächst gehört es zu den Erscheinungen von *glasnost*, daß über Unglücksfälle überhaupt ausführlicher als früher berichtet wird; auch die Atomkatastrophe, die sich 1959 östlich des Ural ereignet hatte, die durch die detektivische Auswertung von weit verstreuten Notizen Anfang der 70er Jahre im Westen publik wurde (*Medwedjew 1979*) und die zumindest regional verheerende Folgen für die Natur- und Kulturlandschaft gehabt haben muß, ist erst 1989 offiziell bestätigt worden.
- Mit der Veröffentlichung in den Medien gehen in der Regel zwei Begründungslinien einher, die das Auftreten der Katastrophen „erklärbar“ machen sollen: Entweder handelt es sich um unabwendbare Naturereignisse, die sich jeglicher politischen Kontrolle entziehen (denn die absolute Beherrschbarkeit der Natur, die das Programm zur Umgestaltung der Natur unter Stalin postulierte, sieht heute niemand mehr gegeben), oder es sind Folgen der Schlamperei, die den politischen und sozialen Deviationen der 70er und frühen 80er Jahre angelastet werden.

Wirtschaftsprobleme

Über diesen Problemfeldern darf nicht die verheerende Wirtschaftslage übersehen werden, die heute offener denn je zugegeben wird. Die Erwartungen, die Aganbegjan in die Wirtschaftsentwicklung setzte, sind vermutlich bis 1990 nicht zu erfüllen, das Wachstum stagniert weiterhin. Vor allem kommen die Reformen nicht voran – vielleicht wegen eines weitverbreiteten Mißtrauens gegenüber Veränderungen, für deren Dauerhaftigkeit heute niemand garantieren kann, vielleicht wegen des Ungeübtheits bei der Ausübung wirtschaftlicher Entscheidungen. Es ist keineswegs auszuschließen, daß die wirtschaftli-

chen Reformen bewußt sabotiert werden. Fast müßig ist es, die Wirtschaftsentwicklung mit Zahlen belegen zu wollen – die Tatsache, daß die sowjetischen Statistiken höchst unzureichend sind, ist bekannt. Die Schwerfälligkeit, mit der die Wirtschaft sich anpaßt und Reformen aufgreift, läßt zunächst den Schwarzmarkt prosperieren, der nicht nur systemimmanente Lücken ausfüllt, sondern längst individueller Bereicherung dient. Der Verfall des Rubels und inflationäre Tendenzen sind weitere Hemmnisse auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung.

Soziale Situation der Bevölkerung

Schließlich muß die soziale Lage als Problemfeld erwähnt werden. T. Saslawskaja hat in ihrem Buch über die sozialen Bedingungen und die Sozialstruktur der sowjetischen Bevölkerung wohl alle Illusionen über das allmähliche Entstehen eines *homo sovieticus* aufgegeben – zumindest im Rückblick auf die Stalinzeit und die Breshnew-Ära. Von der Hoffnung, daß ein echter Sozialismus problemlösend wirkt, rückt sie jedoch auch nicht ab. Dort, wo gewisse Wohlstandsmerkmale ausgeprägt sind, macht sich sofort der Mangel an Gelegenheiten bemerkbar, wie Fremdenverkehr und Freizeitmöglichkeiten zeigen (vgl. den Beitrag von M. Henningsen in diesem Heft und *Atlasbeihemer*, S. 6).

Fazit

Insgesamt zeigt sich die Sowjetunion Ende der 80er Jahre als ein Staatsgebilde voll innerer Gegensätze und Konflikte. Sie unterscheidet sich damit typologisch nicht von anderen großen Staaten, in denen ebenfalls regionales Konfliktpotential durch ausgleichende Staatstätigkeit gemildert werden muß. Sie unterscheidet sich aber von dem Bild, das in den ersten sieben Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution nur allzu gerne aufgebaut wurde und das auch so bequem ist – von dem Bild eines einheitlich strukturierten, zentralistisch organisierten und von reduzierter Raumdifferenzierung geprägten Landes. Wenn die räumliche Differenzierung stärker ist, als es vielfach erscheint, dann wird auch die geographische Behandlung des Themas „Sowjetunion“ noch spannender.

Die Aktualität vieler Neuerungen und Ereignisse in der Sowjetunion und auch die Offenheit, mit der manches Material zutage gebracht wird, könnte zu einem Aktualismus in der geographischen Analyse verführen. Davor ist zu warnen. Gerade die Interpretation vieler regionaler oder noch kleinräumiger Erscheinungen sollte immer wieder auch die Konstanten betonen, die der Raum der Sowjetunion mit sich trägt und die durch die Dimensionen Naturraum und Geschichte gekenn-

zeichnet werden. A. Karger hat in zahlreichen Veröffentlichungen (v. a. und zusammenfassend in *ders.* 1987) darauf verwiesen, und jede vertiefte Betrachtung einer jetzt deutlicher aufschimmernden Regionalentwicklung bestätigt, daß die im Zeitmaß längerer geschichtlicher Entwicklung sich vollziehende Auseinandersetzung des Menschen mit dem Naturraum durch eine kurzfristige Änderung der Politik nicht abzubrechen oder in völlig neue Bahnen zu lenken ist. Eine Deutung des sozioökonomischen Wandels ohne Analyse ererbter sozialer Strukturen, die sich möglicherweise in Denkmustern niedergeschlagen haben, eine Interpretation der nationalen Bewegungen ohne Rückblick auf die geschichtlichen Hintergründe, eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ohne Berücksichtigung ökonomischer Mechanismen, natürlicher Gunstpotentiale und regionaler Ungunstfaktoren muß oberflächlich und unvollständig bleiben. Sie verfehlen damit den Bildungsanspruch der Geographie.

Literatur

- Aganbegjan, A. (1987): Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der UdSSR. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45/87 vom 7. Nov. 1987, S. 3–14.
- ders. (1989): Ökonomie und Perestroika. Gorbatschows Wirtschaftsstrategie. Hamburg.
- Amalrik, A. (1970): Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? München.
- ders. (1971): Unfreiwillige Reise nach Sibirien. Reinbek.
- Benini, R. (1989): Spécialisation régionale et intégration économique en URSS. – In: *Radvanyi, J., V. Rey* (éd.), S. 153–160.
- Gorbatschow, M. S.: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München 1987.
- Karger, A. (1987): Sowjetunion. Frankfurt a. M. (= Fischer Länderkunde, Bd. 9).
- Komarow, B. (1979): Das große Sterben am Baikalsee. Frankfurt a. M.
- Maurel, M.-C. (1987): Les logiques territoriales du pouvoir soviétique. Quelques réflexions a propos du système soviétique. In: Bulletin de la Société Languedocienne de Géographie 110, 1–2, S. 7–19.
- Medwedjew, Z. (1979): Bericht und Analyse der bisher geheimgehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR. Hamburg.
- Moscow News, 3. 9. 1989. Moscow.
- Radvanyi, J. (1985): Régions et pouvoirs en URSS. Contraintes spatiales et politique régionale. Thèse d'Etat, Paris.
- Radvanyi, J., V. Rey (éd.) (1988): Régions et Pouvoirs Régionaux en Europe de l'Est et en URSS. Paris.
- Rasputin, V. (1987): Sibirien ohne Romantik. In: V. Rasputin: Der Brand. Sibirien ohne Romantik. Gütersloh.
- Schmidt-Häuer, Chr., M. Huber (1987): Rußlands zweite Revolution. Chancen und Risiken der Reformpolitik Gorbatschows. München, Zürich.
- Saslawskaja, T. (1988): Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR. Wien.
- Stadelbauer, J. (1988): Glasnost – Uskorenije – Perestrojka. Die Sowjetunion zu Beginn der Ära Gorbatschow. In: Geographische Rundschau 40, H. 9, S. 6–8.
- ders. (1989): Arzach. – In: Tübinger Geographische Studien, 103.
- Thorez, P. (1989): Réflexions sur des transformations régionales en URSS. – In: *Radvanyi, J., V. Rey* (éd.), S. 178–185.